

**409/AE XXI.GP**

---

Eingelangt am: 20.03.2001

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

*des Abgeordneten Van der Bellen, Freundinnen und Freunde*

*betreffend die innere Sicherheit in Österreich, insbesondere von Menschen jüdischen Glaubens und die Gefährdung der Demokratie durch antisemitische Äußerungen.*

*Die Geschichte lehrt, dass durch antisemitische Äußerungen der Boden für Gewalt bereitet und genährt wird.*

*In Redebeiträgen hat der Kärntner Landeshauptmann durch antisemitische Äußerungen die innere Sicherheit Österreichs gefährdet, in dem er eine ganze Bevölkerungsgruppe in einer Art und Weise angegriffen hat, wie dies seit Jahrzehnten so nicht mehr geschehen ist.*

*Zahlreiche Repräsentantinnen des öffentlichen Lebens, unter anderem auch der Tiroler Landeshauptmann Weingartner, haben diese Äußerungen als klar antisemitisch klassifiziert.*

*Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden*

### **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

*Die Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler werden ersucht, folgende Erklärung in öffentlicher Weise abzugeben:*

„Der Respekt vor dem Anderen, Toleranz und Verständnis für alle Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, Religion oder Weltanschauung sind Grundlage der Republik Österreich.

Die Bundesregierung und der österreichische Nationalrat verurteilen jeden Versuch, Menschen auf Grund ihrer Religionszugehörigkeit oder auf Grund ihrer Position in einer Religionsgemeinschaft beleidigenden oder entwertenden Schmähungen auszusetzen.

Aussagen des Kärntner Landeshauptmanns Dr. Jörg Ha/der am 28. Februar 2001 in Ried im Innkreis, am 23. Februar 2001 in der Kurhalle Wien-Oberlaa sowie in seinem Kommentar in „Die Presse“ am 17. März 2001 waren klar antisemitisch.

Diskriminierung, Intoleranz und Verhetzung, insbesondere aber Rassismus und Antisemitismus haben keinen Platz in diesem Land. Sonst wäre die Grundlage der Demokratie und die innere Sicherheit in Österreich gefährdet

Auf das Schärfste wendet sich die Republik-Österreich gegen jeden Versuch. Menschen jüdischen Glaubens Schuld und Verantwortung für Antisemitismus zuzuweisen. Die Verantwortung für Antisemitismus liegt bei jenen, die ihn schüren.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Menschenrechte vorgeschlagen.